

GRÜN-alternativ Meerbusch

An die Vorsitzende des Ausschusses
Klima, Umwelt, Bau
Barbara Neukirchen
Ratsbüro
40667 Meerbusch

Meerbusch, 15.11.2023

**Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2024
Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau
am 29. November 2023**

Antragssteller: GRÜN-alternativ Meerbusch

Änderung für Produkt (bitte ankreuzen)

010.111.140 Technisches Gebäudemanagement

Seite des Haushaltentwurfes, Konto, Bezeichnung, ggf. investive Maßnahme	
Seite:	179
Konto: z.B. 54310000	
Bezeichnung:	Bildungszentrum Osterath
ggf. investive Maßnahme: z.B. 7.01010001 Beschaffung bew. Vermögen	7 01012 120

Änderungsantrag
Maßnahme im Zusammenhang mit IHKO streichen – und auf spätere Jahre verschieben

Veränderung (VE nur für investive Maßnahmen möglich)			
	Ansatz alt z.B. 15.000 €	Veränderung z.B. + 5.000 €	Ansatz neu z.B. 20.000 €
2024	200.000	- 200.000	0
VE sp. Jahre			
X	Sperrvermerk (ggfs. ankreuzen)		
	Freigabe durch:	<input type="checkbox"/> Fachausschuss	<input type="checkbox"/> HFWA X Rat

Begründung

Auf die Stadt Meerbusch kommen erhebliche finanzielle Belastungen zu, die sich u.a. und insbesondere aus der zwingenden Notwendigkeit der Sanierung und des Neubaus von Rettungswachen und Schulgebäuden ergeben.

Es wird von Seiten der Verwaltung wie von der Politik regelmäßig darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Meerbusch bei ihren Ausgaben auf notwendige Bereiche, insbesondere Bildung, Klimaschutz, Rettungswesen konzentrieren sollte.

Die Maßnahmen nach dem Integrierten Handlungskonzept Osterath -IHKO- waren zum großen Teil umstritten und lösen insgesamt Investitionen im zweistelligen Millionenbereich aus. Der Hinweis, dass es sich um investive Maßnahmen handelt, löst nicht das Problem, dass sich im Laufe der Jahre neben der Tilgung große Zinsbelastungen ergeben, die zu konsumtiven Aufwendungen führen.

Die Stadt geht in ihren Annahmen von sinkenden Zinsbelastungen aus. Diese Annahme ist durch nichts begründet, im Gegenteil, aktuell dürfte von Zinsaufwendungen von ca. 5% ausgegangen werden. Selbst niedrigere Zinsen rechtfertigen diese fragwürdigen und nicht zwingenden Aufwendungen nicht.

Das können, sollten und dürfen wir uns in einer Zeit massiver Finanzprobleme nicht leisten. Die vom Land NRW zugesagten Fördermittel – ca. 4 Mio. € - mindern zwar den Aufwand, es bleiben aber städtische Investitionen im Millionenbereich. Hinzu kommt, dass diese Mittel vorfinanziert werden müssen und den städtischen Haushalt belasten.

Wer ernsthaft sparen will, muss diese Ausgaben infrage stellen. Wir halten es zudem für nicht gerechtfertigt, dass sich Gesamtaufwendungen in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags ausschließlich auf einen Stadtteil konzentrieren.

Diese Streichungen beantragen wir für das IHKO in weiteren Produktbereichen.

Grundsätzlich befürwortet unsere Fraktion die Errichtung eines Bildungszentrums, wenn dieses von den Gesamt-Maßnahmen des IHKO entkoppelt wird. Wir erwarten aber für 2024 keine Umsetzung, da einerseits die Räumlichkeiten noch anders genutzt werden dürften und andererseits der in Bearbeitung befindliche Bebauungsplan noch keine Rechtskraft hat.